

E-Mail:
Datum: 14.01.2026
Bearbeiter:
Telefon:

Brandschutztechnische Stellungnahme

Objekt: Sanierung der bestehenden Klassen-Container an der Grundschule Darmsheim sowie Erweiterung dieser um 3 Klassenzimmer in Containerbauweise als Übergangsbauwerk

Projektnummer:

Aktenzeichen:

Inhalt: Brandschutztechnische Stellungnahme zum geplanten Neubau eines Schulgebäudes in Containerbauweise mit Integration eines Containerbestands

1 Anlass und Auftrag

Die Stadt plant, die bestehende Interimslösung (erdgeschossiger Containerbau) der Grundschule Darmsheim zu sanieren, um drei Klassenzimmer zu erweitern und das Gesamtgebäude als Übergangsbauwerk einer dauerhaften bauordnungsrechtlichen Genehmigung zuzuführen.

wurde beauftragt, unter Berücksichtigung der vorhandenen und der geplanten Bauausführung und Nutzung die geplanten Maßnahmen schutzzielorientiert zu bewerten und die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen in einer Brandschutztechnischen Stellungnahme als zusätzliche Bauvorlage im Genehmigungsverfahren zusammenzufassen.

2 Bauliche Gegebenheiten und Nutzung

Das zu betrachtende Gebäude befindet sich auf dem Gelände der Grundschule Darmsheim, Ecke Birkenweg / Spannagelweg.

Der Erweiterungsbau soll, wie das bereits bestehende Gebäude, als erdgeschossige Container-Anlage errichtet werden.

Der aktuell an dieser Stelle befindliche Flüssiggastank wird entfernt.

Das Gesamtgebäude erstreckt sich nach der geplanten Erweiterung über eine Länge von ca. 33 m und eine Tiefe von ca. 25 m.

Es beherbergt zukünftig fünf Klassenräume, einen Raum für Kernzeitbetreuung, einen Raum für die Essensausgabe, WC-Anlagen und einen Technikraum. Auf der Dachfläche des Erweiterungsbaus werden Photovoltaik-Anlagen angeordnet.

3 Bauordnungsrechtliche Bewertungsgrundlagen

Folgende bauordnungsrechtlichen Grundlagen werden zur Bewertung des geplanten Neubaus herangezogen:

- Landesbauordnung (LBO) Baden-Württemberg in der Fassung vom 05. März 2010, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.03.2025 (GBl. S. 25) mit Wirkung vom 28.06.2025 bzw. 28.09.2025
- Aufgrund der Nutzung als Schule werden zur Risikobewertung weiterhin die Muster-Richtlinie über bauaufsichtliche Anforderungen an Schulen (Muster-Schulbau-Richtlinie - MSchulbauR) Fassung April 2009 bzw. das vergleichbare AGBF-Papier von 2014 herangezogen.
- Darüber hinaus wird in der Bewertung ergänzend auf die Richtlinie über bauaufsichtliche Anforderungen an Schulen (Schulbaurichtlinie – SchulBauR) der Bundesländer Nordrheinwestfalen vom 22. Juli 2020 und die Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten in Deutschland, herausgegeben von der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, dem Bund Deutscher Architekten und dem Verband Bildung und Erziehung, 4. überarbeitete Auflage von 2022 zurückgegriffen.
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen über Technische Baubestimmungen (Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen VwV TB) vom 10. Dezember 2025

4 Verwendete Unterlagen

Als Beurteilungsgrundlagen wurden seitens des Auftraggebers die nachfolgenden Dokumente bereitgestellt:

Zum Bestand:

- Baugesuch zum Provisorium in Containerbauweise vom 23.08.2016, Pläne mit Genehmigungsvermerk der Stadt Sindelfingen vom 11.10.2016,
- Feuerwehrplan zum Gesamtobjekt Grundschule Darmsheim Stand Juni 2021

Zum geplanten Erweiterungsbau:

5 Baurechtliche Einordnung und Risikobewertung

Für Gebäude in Baden-Württemberg sind die Vorgaben der aktuell gültigen Landesbauordnung (LBO) in der Fassung vom 05. März 2010, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.03.2025 (GBl. S. 25) mit Wirkung vom 28.06.2025 bzw. 28.09.2025 umzusetzen.

Das erdgeschossige Gebäude besteht aus zwei Nutzungsbereichen und bedeckt insgesamt eine Grundfläche von ca. 631 m², das Gebäude ist gemäß § 2 (4) LBO in die **Gebäudeklasse 3** einzuordnen.

Das betrachtete Gebäude ist aufgrund seiner Nutzung als unregelmäßiger Sonderbau gemäß § 38 LBO einzuordnen, es ist somit unter Zugrundelegung der Standardanforderungen der Landesbauordnung sowie unter Berücksichtigung der baulichen Besonderheiten und der spezifischen Nutzungsbedingungen und den hieraus resultierenden besonderen Risiken zu beurteilen.

Aufgrund der Nutzung als Schule werden zur Risikobewertung weiterhin die Muster-Richtlinie über bauaufsichtliche Anforderungen an Schulen (Muster-Schulbau-Richtlinie - MSchulbauR) Fassung April 2009 bzw. das vergleichbare AGBF-Papier von 2014 herangezogen.

Darüber hinaus wird in der Bewertung ergänzend auf die Richtlinie über bauaufsichtliche Anforderungen an Schulen (SchulbauRichtlinie – SchulBauR) der Bundesländer Nordrhein-Westfalen vom 22. Juli 2020 und die Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten in Deutschland, herausgegeben von der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, dem Bund

Deutscher Architekten und dem Verband Bildung und Erziehung, 4. überarbeitete Auflage von 2022 zurückgegriffen.

Die Landesbauordnung Baden-Württemberg definiert die Schutzziele im § 15 LBO wie folgt:

- Entstehung eines Brandes vorbeugen;
- Ausbreitung von Feuer und Rauch verhindern;
- Rettung von Menschen und Tieren ermöglichen;
- Ermöglichung wirksamer Löschmaßnahmen.

Gemäß § 38 LBO können an Sonderbauten *besondere Anforderungen* gestellt, aber auch *Erleichterungen* im Einzelfall gestattet werden, soweit es der Einhaltung von Vorschriften wegen der besonderen Art oder Nutzung baulicher Anlagen und Räume, oder wegen der besonderen Anforderungen nicht bedarf.

Die besonderen Anforderungen und Erleichterungen können sich erstrecken auf:

- die Bauart und Anordnung aller für die Standsicherheit, Verkehrssicherheit, den **Brandschutz**, Schallschutz oder Gesundheitsschutz wesentlichen Bauteile und die Verwendung von Baustoffen;
- die Zahl, Anordnung und Herstellung der Treppen, Treppenträume, Flure, Aufzüge, Ausgänge und Rettungswege;
- den Betrieb und die Nutzung einschließlich des organisatorischen Brandschutzes;
- Brandschutzanlagen, Brandschutzeinrichtungen und Brandschutzvorkehrungen einschließlich der Löschwasserrückhaltung.

Besondere Anforderungen hinsichtlich Sachschutz o.ä. wurden vom Auftraggeber nicht gestellt.

6 Brandschutzkonzept

Mit Umsetzung der in dieser Brandschutztechnischen Stellungnahme aufgeführten Maßnahmen werden aus Sicht der Unterzeichnerin die vorgenannten bauordnungsrechtlichen Schutzziele im Rahmen des vom Gesetzgeber vorgesehenen Sicherheitsniveaus erfüllt.

6.1 Äußere Abschottung

Das Gebäude weist zu den weiteren Schulgebäuden auf dem Gelände die erforderlichen Abstände von 5 m auf.

Die geringfügige Unterschreitung (ca. 4,82m) im Bereich der Bestandscontainer kann auch weiterhin akzeptiert werden, da die Außenwände der Containeranlagen vollständig aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen.

6.2 Innere Abschottung

Das Gesamtgebäude erstreckt sich nach der geplanten Erweiterung über eine Länge von ca. 33 m und eine Tiefe von ca. 25 m. damit wird die nach LBO zulässige Brandabschnittslänge unterschritten, die Ausbildung einer inneren Brandwand wird nicht erforderlich.

Bestand und Erweiterungsbau werden als jeweils ein „Nutzungsbereich“ ausgebildet und mit einer feuerhemmenden Trennwand in Verbindung mit einem feuerhemmenden, rauchdichten und selbstschließenden Türabschluss gegeneinander abgetrennt. Maßnahmen zur Verhinderung des Brandüberschlages „über Eck“ werden, da sich beide Nutzungsbereiche innerhalb des gleichen Brandabschnittes befinden, nicht erforderlich.

Bedenken wegen des Brandschutzes gegen die Ausbildung von Nutzungsbereichen mit Grundflächen von ca. 269 m² und ca. 362 m² bestehen aufgrund der sehr günstigen Ausbildung der Flucht- und Rettungswege nicht.

Die gemäß den eingangs zitierten Arbeitshilfen für den modernen Schulbau und auch der Schulbaurichtlinie NRW maximal zulässigen Grundflächen von 600 m² pro Lernlandschaft werden nicht überschritten.

Die Nutzungsbereiche sind ohne notwendige Flure im bauordnungsrechtlichen Sinne zulässig. Die Flurzonen / Verkehrswege sind als Flucht- und Rettungswege in der erforderlichen Breite von mindestens 1,50 m dauerhaft von Einbauten, Möblierungen o.ä. freizuhalten.

6.3 Anforderungen Bauteile

- Tragende und aussteifende Bauteile: feuerhemmend.
- Trennwand zur Unterteilung in zwei Nutzungsbereiche / Trennung Bestand und Erweiterungsbau: feuerhemmend und aus nichtbrennbaren Baustoffen in Verbindung mit einem feuerhemmenden, rauchdichten und selbstschließenden Türabschluss (T30-RS)
- Umfassungswände Technikraum: feuerhemmend und aus nichtbrennbaren Baustoffen in Verbindung mit einem feuerhemmenden, rauchdichten und selbstschließenden Türabschluss (T30-RS)
- Nichttragende Außenwände: nichtbrennbar
- Dämmstoffe in Außenwänden: nichtbrennbar
- Dämmstoffe Dach: nichtbrennbar
- Evtl. Dachaufbauten und Dachdeckung müssen den Anforderungen an eine „harte Bedachung“ im Sinne einer Widerstandsfähigkeit gegen Flugfeuer und strahlende Wärme gemäß DIN 4102 – Teil 7 entsprechen bzw. alternativ einen bauaufsichtlichen

Verwendbarkeitsnachweis besitzen.

6.4 Sicherstellung der Flucht- und Rettungswege

Zur Sicherstellung der Flucht- und Rettungswege stehen als erster Flucht- und Rettungsweg aus jedem Nutzungsbereich direkte Ausgänge ins Freie aus den Fluren bzw. Verkehrswegen in einer Laufweglänge von deutlich unter 35 m zur Verfügung.

Im Neubau steht aus jedem Klassenraum weiterhin ein direkter Ausgang ins Freie zur Verfügung.

Im Bestand stehen zusätzlich zu den Ausgängen aus den Verkehrsflächen ins Freie aus jedem Klassenraum Fenster als 2. F+R Weg bzw. Notausstieg zur Verfügung.

6.5 Anlagentechnische Maßnahmen

- Die Ausführung einer automatischen Brandmeldeanlage ist nicht vorgesehen und aus bauordnungsrechtlicher Sicht nicht erforderlich.
- Schulen müssen Alarmierungsanlagen haben, durch die im Gefahrenfall die Räumung des Gebäudes eingeleitet werden kann (Hausalarm). Das Alarmsignal muss sich unmissverständlich von anderen Signalen und Durchsagen unterscheiden und in jedem Raum der einzelnen Nutzungsbereiche gehört werden können.
Die Auslösung der Alarmierungseinrichtungen erfolgt im Gesamtgebäude.
Das Alarmsignal muss mindestens an einer während der Betriebszeit der Schule ständig besetzten oder an einer jederzeit zugänglichen Stelle innerhalb der Schule (Alarmierungsstelle) ausgelöst werden können. Im Bereich dieser zentralen Auslösestelle muss sich ein Telefon befinden, um Feuerwehr, Rettungsdienst etc. zu alarmieren.
Als Signal wird ein DIN-Ton als ausreichend erachtet, weitere Anforderungen (z.B. Sprachalarmierung, Durchsagen etc.) bestehen aus brandschutztechnischer Sicht nicht.

Bezüglich der evtl. aus anderen Gründen (Amokalarm etc.) erforderlichen besonderen Ausführung der Alarmierung, die Zugänglichkeit von Handauslösestellen etc. wird auf die Umsetzung im Bestand verwiesen, die Ausführung im Erweiterungsbau ist hieran anzupassen.

- Sicherheitsbeleuchtung in den Flucht- und Rettungswegen, beleuchtete Piktogramme nach DIN ISO 7010; Nennbetriebsdauer mind. 3h, batteriegepufferte Piktogramme und ein dezentrales Notlichtsystem sind zulässig
- Grundsätzlich sind für alle Leitungsanlagen die Anforderungen der Leitungsanlagenrichtlinie (LAR) einzuhalten. Durchdringungen von Bauteilen mit einer

definierten Feuerwiderstandsdauer sind mit zugelassenen Produkten in Feuerwiderstandsdauer der durchdrungenen Bauteile abzuschotten.

- PV-Anlagen: Zwischen den Photovoltaikmodulen und den Wechselrichtern ist eine Gleichspannungs-Freischaltstelle (DC-Schalter / Trenneinrichtung) anzuordnen. Bei der Planung der PV-Anlage soll die Positionierung des Wechselrichters so erfolgen, dass sich innerhalb des Gebäudes möglichst nur Wechselstromleitungen befinden. Elektrische Leitungen, welche zwischen den Photovoltaikmodulen und dem Wechselrichter dennoch innerhalb des Gebäudes verlegt sind, sind mindestens so geschützt zu verlegen, dass eine Offenlegung des stromführenden Leiters im Brandfall für mindestens 30 Minuten wirksam verhindert wird. Andernfalls sind die Leitungen mindestens feuerhemmend abzutrennen.

6.6 Rauchableitung / Entrauchung

- Zur Rauchableitung stehen von Hand öffnbare Fenster und Türen zur Verfügung.

6.7 Löschwasserversorgung / Entnahmestellen / Feuerwehrflächen etc.

- Anzahl und Art der erforderlichen Feuerlöscher nach DIN EN 3 oder DIN 14406 berechnen sich aus der ASR A2.2 (Maßnahmen gegen Brände), sie sind an gut sichtbaren und leicht erreichbaren Stellen (aber auch vor unbefugtem Zugriff geschützt) anzubringen und durch Hinweisschilder nach DIN EN ISO 7010 zu kennzeichnen.
- Für den betrachtete Gebäude eine erforderliche Löschwassermenge von mind. 48m³/h bzw. 800 l/min über einen Zeitraum von mindestens 2 h sicherzustellen, hierzu kann auf die bestehenden Unterflurhydranten im Birkleweg zurückgegriffen werden
- Die erforderlichen Zufahrten und Bewegungsflächen für die Feuerwehr stehen im öffentlichen Straßenland zur Verfügung.

7 angestrebte Erleichterungen / Abweichungen und Kompensationsmaßnahmen bzw. Begründung

Abweichungen und Kompensationsmaßnahmen / Begründungen		
Rechtsgrundlage	Abweichung	Kompensation / Begründung der Unbedenklichkeit
§28b LBO Absatz 2, „1) notwendige Flure sind nicht erforderlich [...] innerhalb von Wohnungen oder innerhalb von Nutzungseinheiten mit nicht mehr als 200 m ² ... innerhalb von Nutzungseinheiten, die einer Büro- oder Verwaltungsnutzung dienen, mit nicht mehr als 400 m ² [...]“	Ausbildung von Nutzungsbereichen (Lernbereiche) ohne notwendigen Flur mit einer Grundfläche > 200 m ²	<ul style="list-style-type: none"> - Flächen mit ca. 362 m² (Bestand) und ca. 269 m² (Neubau) unter 400 m², - günstige Ausbildung der Flucht- und Rettungswege, die Ausgänge ins Freie werden deutlich unterhalb der zulässigen 35 m Laufweglänge erreicht. - Die gemäß den eingangs zitierten Arbeitshilfen für den modernen Schulbau und auch der Schulbaurichtlinie NRW maximal zulässigen Grundflächen von 600 m² pro Lernlandschaft werden deutlich unterschritten. - Im Neubau steht aus jedem Klassenraum ein direkter Ausgang ins Freie zur Verfügung. - Im Bestand stehen zusätzlich zu den Ausgängen ins Freie aus jedem Klassenraum Fenster als 2. F+R Weg bzw. Notausstieg zur Verfügung.

8 Weitere Vorgehensweise

Bedenken aus brandschutztechnischer Sicht gegen die geplante Bauausführung und Nutzung bestehen bei Umsetzung der vorbeschriebenen Maßnahmen nicht.

In der weiteren Vorgehensweise ist diese Brandschutztechnische Stellungnahme im Rahmen des Baugesuches der zuständigen Baurechtsbehörde vorzulegen.